

FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

25.08.2016

Pressemitteilung Nr. 17/865

Will: Kommunalisierung macht Niedersächsischen Ausbildungsverkehr fit für die Zukunft

Im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Niedersächsischen Landtags fand am Donnerstag und Freitag eine zweitägige Anhörung zum geplanten Gesetz zur Kommunalisierung der Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr statt. Die geplante Neuregelung sieht vor, dass künftig die ÖPNV-Aufgabenträger (Landkreise, kreisfreie Städte, Zweckverbände) anstelle der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) die Ausgleichsleistungen für Rabatte im Schülerverkehr an die Verkehrsunternehmen zahlen.

„Die geplante Neuregelung sichert die bisherigen Zahlungen für den Ausbildungsverkehr in voller Höhe von 89 Millionen Euro pro Jahr und vermeidet Verwerfungen zu Lasten einzelner Regionen. Außerdem sorgt die Bündelung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung bei den ÖPNV-Aufgabenträgern dafür, dass der Ausbildungsverkehr besonders in ländlichen Regionen mit sinkenden Schülerzahlen flexibler und effizienter organisiert werden kann“, erklärt Gerd Will, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

„Zudem stärken wir den ÖPNV im Land mit zusätzlichen 20 Millionen Euro und schaffen Rechtssicherheit für die beteiligten Unternehmen“, erläutert der SPD-Politiker weitere Vorteile des Gesetzentwurfs.

„Auch die kommunalen Spitzenverbände und eine überwiegende Mehrheit der Teilnehmer der parlamentarischen Anhörung unterstützen den Gesetzentwurf der Regierungsfractionen, denn sie sind wie wir der Meinung, dass die jeweiligen Landkreise und Kommunen am besten wissen, wie der Schülerverkehr vor Ort organisiert werden muss. Die Anhörung hat ergeben, dass Landkreise und Kommunen jetzt schon einen Teil der Schülerbeförderung nach dem Schulgesetz erfolgreich erfüllen“, so Will weiter.

Auch in anderen Bundesländern seien die Ausgleichsmittel für die Verkehrsunternehmen bereits in ähnlicher Weise kommunalisiert worden und man habe damit gute Erfahrungen gemacht.

„Mit unserem Gesetzentwurf wird entgegen anderslautender Behauptungen keine Schülerin, kein Schüler schlechter gestellt als bisher. Die geltenden Rabatte und die hohe Qualität des Ausbildungsverkehrs bleiben erhalten“, macht der SPD-Verkehrsexperte deutlich.

Alle in der Anhörung vorgelegten Stellungnahmen würden nun sorgfältig ausgewertet, in der Gesetzesberatung erörtert und gegebenenfalls berücksichtigt.